

Politik gegen Aussonderung

Prof. Dr. Anne-Dore Stein
EFH Darmstadt
Zweifalltorweg 12

64293 Darmstadt

Barbara Cárdenas

Abgeordnete im Hessischen Landtag
Sprecherin für Bildung, Migration und
Tierrechte

Hessischer Landtag

Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

b.cardenas@ltg.hessen.de

www.barbara-cardenas.de

www.linksfraktion-hessen.de

Donnerstag, 29. August 2013

Betreff: Stellungnahme zu dem „Schwarzbuch Inklusion – verdeckte und offenen Verhinderung von gemeinsamer Erziehung und Bildung behinderter und nichtbehinderter Kinder“

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Thema Inklusion liegt der LINKEN im hessischen Landtag sehr am Herzen. In den vergangenen 1 ½ Jahren haben wir intensiv mit vielen Expertinnen und Experten an unserem Bildungskonzept „Schule mit Links“ gearbeitet, wobei dem Thema Inklusion ein besonderer Stellenwert zukam. Im November 2012 haben wir zusammen mit der Bundestagsfraktion eine Tagung mit dem Thema „Inklusion mit LINKS – Eine gute Schule für Alle“ im hessischen Landtag veranstaltet, die Dokumentation sende ich Ihnen anbei.

Viele der von Ihnen skizzierten Themen sind auf dieser Tagung angesprochen worden. Insbesondere die starre Ausrichtung auf homogene Lerngruppen, der im Schulgesetz verankerte Ressourcenvorbehalt und die sich in Hessen stetig verschlechternden Bedingungen für ein inklusives Schulsystem sind die Hindernisse, die auch wir niederreißen wollen.

Viele Ihrer Fragen werden Sie in unserer Dokumentation beantwortet finden.

Daher gehe ich nun nur noch kurz auf die vier Punkte ein, die Sie explizit genannt haben:

- Planungssicherheit: Planungssicherheit ist für Schulen ein ganz wichtiger Aspekt. Doch allein durch die chronische Unterfinanzierung des Bildungswesens werden nicht einmal die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen, um qualitativ hochwertig arbeiten und planen zu können. Die angeblich so hervorragende Lehrerversorgung existiert nur durch Rechenspielchen auf dem Papier. Unterrichtsausfall, befristete Verträge der Lehrkräfte, Streichungen bei dem Gemeinsamen Unterricht und die immer weiter voranschreitende Ökonomisierung des Bildungswesens sorgen dafür, dass Qualität, Planungssicherheit und auch Innovationspotential auf der Strecke bleiben.

Für die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung sind langfristig angelegte, gemeinsam mit allen Akteuren geplante Umsetzungsmodelle notwendig. Durch, wie von der LINKEN gefordert, regionale Aktionspläne können frühzeitig Bedarfe ermittelt und Ressourcen bereit gestellt werden. Vor allem die Ressourcen müssen langfristig gesichert sein. Bauliche, sächliche und personelle Ressourcen müssen zur Verfügung gestellt werden – ohne Mittelvorbalt. Zudem gehören Lehrkräfte, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und weiteres Fachpersonal an die Schulen, dauerhaft und in ausreichender Zahl. Und Sonderpädagogen sollen – wie im ursprünglichen Gemeinsamen Unterricht - dauerhaft und verlässlich an die Regelschulen gehören, statt in BFZ's als „mobile Einsatztruppe“ den Regelschulen lediglich ab und zu einen Besuch abstatten zu können

- Kostenzuständigkeit: Der Ressourcenvorbalt muss fallen, und es dürfen nicht noch weitere Kosten auf die Kommunen abgewälzt werden. Die Landesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass alle Schulen in die Lage versetzt werden, inklusiv und qualitativ bestmöglich ausgestattet zu arbeiten.
- Angemessene Vorkehrungen: Auch hierfür hat die Landesregierung Sorge zu tragen – und auch diese können nur durch den Wegfall des Ressourcenvorhalts getroffen werden. Angemessene Vorkehrungen zu treffen bedeutet aber auch, dass Eltern und Lehrerinnen und Lehrern die Angst vor einem inklusiven Schulsystem genommen werden muss. Inklusion ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der nur mit allen Beteiligten umgesetzt werden kann. Natürlich wird dies Veränderungen nach sich

ziehen, sowohl in der Lehrerbildung als auch im Gesamtverständnis von dem, was Schule ist, was schulische Bildung bedeutet. Erst wenn Schule vom Kind aus gedacht wird, und erst wenn die individuelle Förderung eines jeden Kindes im Vordergrund steht, kann Schule zu dem Ort des Lebens werden, der es sein soll und in unserem Bildungsverständnis sein muss.

- Einem Grundverständnis qualitativ hochwertiger Inklusion: „Inklusion“ darf nicht länger von der Landesregierung als Vehikel zum Sparen genutzt werden können. Echte Inklusion muss gewollt sein – und nur wenn dies der Fall ist, kann sie auch mit den besten Voraussetzungen und allen notwendigen Ressourcen umgesetzt werden. Alle Schulen müssen in die Lage gebracht werden, zu inklusiven Schulen zu werden. Und wie schon erwähnt, Inklusion ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der zwar von materiellen und personellen Ressourcenzuweisungen abhängig ist, der aber auch ein ganz anderes Verständnis von Bildung voraussetzt. In erster Linie muss endlich von dem unsinnigen Bemühen nach homogenen Lerngruppen und Klassen abgelassen werden. DIE LINKE will eine heterogene Gesellschaft und somit auch heterogene Lerngruppen und Klassen, in der alle Schülerinnen und Schüler voneinander und miteinander lernen – gemeinsam, aber nicht immer dasselbe.

Dies wird für alle an den Schulen Beschäftigten eine neue Herausforderung sein, auf die sie vorbereitet werden müssen, durch Fort- und Weiterbildung, aber vor allem auch durch das ja schon vorhandene Knowhow der an den Förderschulen Tätigen. Und auch die Lehrerausbildung muss reformiert werden!

Ich hoffe, Ihre Fragen beantwortet zu haben und möchte mich wirklich herzlich für Ihr Interesse bedanken! Ich fand die Gründung der PgA ungemein wichtig: Wer Inklusion will, muss sich einmischen und darf vor allem die Politik nicht aus der Verantwortung lassen. Deshalb bin ich auch früh Mitglied geworden und unterstütze die PgA, wo es mir möglich ist.

Solidarische Grüße,



Barbara Cárdenas (MdL)

Vorsitzende des Petitionsausschusses
Bildungs- und migrationspolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag